

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

**Kurz kommentiert: Kabelindustrie - Beschäftigung - EU-
USA - ILO - Rio-Konferenz**

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1997) : Kurz kommentiert: Kabelindustrie - Beschäftigung - EU-USA - ILO - Rio-Konferenz, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Nomos, Baden-Baden, Vol. 77, Iss. 6, pp. 313-314

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/137486>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Kabelindustrie Perfektes Kartell

Das Bundeskartellamt hat in seinem jüngsten Fall einen historischen Sieg errungen. Gegen sämtliche deutschen Hersteller von Starkstromkabel, zwei Branchenorganisationen und zahlreiche Privatpersonen wurden Rekordstrafen in Millionenhöhe verhängt. Der gesamten Kabelindustrie wird vorgeworfen, seit Beginn des Jahrhunderts den heimischen Markt für Starkstromkabel vollständig untereinander aufgeteilt zu haben. Im Zuge seiner Ermittlungen war das Bundeskartellamt auf eine hierarchisch gegliederte Kartellorganisation gestoßen: Beim Fachverband „Kabel und isolierte Drähte“ wurden die Anfragen aller Kunden zentral erfaßt und nach einem festgelegten Schlüssel auf die einzelnen Kartellmitglieder verteilt. Die dafür notwendige Buchführung führte ein eigens gegründetes Gemeinschaftsunternehmen durch. Bei Verstößen gegen die Kartelldisziplin drohten den Unternehmen umfangreiche Sanktionen.

Das reibungslose Funktionieren des Kabelkartells war durch die strukturellen Besonderheiten der Nachfrageseite begünstigt worden. Zu den Hauptabnehmern für Starkstromkabel zählten die Energieversorger und die Stadtwerke. Sie zahlten bis Anfang der 90er Jahre Kabelpreise, die um die Hälfte höher als im europäischen Ausland waren, ohne Verdacht auf verbotene Preisabsprachen zu schöpfen. Die „Schlafmützigkeit“ der Stromanbieter läßt sich nur dadurch erklären, daß sie als Gebietsmonopolisten die Energiepreise weitgehend unabhängig festsetzen und erhöhte Materialkosten einfach auf die Stromverbraucher überwälzen konnten. Die Nachfrager trifft somit auch eine gewisse Mitschuld an den illegalen Machenschaften der Kabelindustrie. Es bleibt zu hoffen, daß die geplante Energierechtsnovelle so weit zu Wettbewerb auf den Energiemärkten führt, daß solche Marktstrukturen in Zukunft nicht mehr entstehen können. ki

Beschäftigung Europäische Arbeitsmarktpolitik?

Mit seiner Forderung nach einer Ergänzung des Mitte Juni zu verabschiedenden Stabilitätspaktes um beschäftigungspolitische Aspekte hat der neue französische Finanzminister Dominique Strauss-Kahn für erhebliche Unruhe insbesondere unter deutschen Politikern gesorgt. Selbst wenn es nicht seine Absicht

ist, den Fahrplan für eine gemeinsame Währung durcheinanderzubringen, so ist ihm doch offenbar verborgen geblieben, daß eine von Brüssel gelenkte gemeinsame europäische Arbeitsmarktpolitik nicht nur von deutscher Seite bereits seit längerem als nicht erfolgversprechend abgelehnt wird. Daran hat sich auch in der gegenwärtigen Situation nichts geändert, selbst wenn man bei 18 Mill. Arbeitslosen in Europa ohne Aussicht auf einen deutlichen Rückgang in diesem Jahr Verständnis für derartige Forderungen aufbringen mag.

Ob mit oder ohne Währungsunion, harmonisierte Beschäftigungsprogramme in der EU sind zumindest so lange kein Mittel zum Abbau der hohen Arbeitslosigkeit, wie die Verhältnisse auf den Arbeitsmärkten innerhalb Europas deutliche Unterschiede aufzeigen. Dabei spielen die Kosten selbst in der momentanen Lage nicht einmal die entscheidende Rolle. In erster Linie sprechen die noch zu geringe Flexibilität etwa bei den Arbeitszeiten und die von Land zu Land unterschiedlichen, starken Reglementierungen auf Europas Arbeitsmärkten gegen einheitliche Beschäftigungsprogramme. Auch hat sich inzwischen die Erkenntnis weitgehend durchgesetzt, daß die Arbeitsmarktprobleme meist „hausgemacht“ sind. Deshalb kann der Kampf gegen die hohe Arbeitslosigkeit unter den gegenwärtigen Bedingungen nur in den einzelnen Ländern beginnen, indem dort die starren Arbeitsmarktstrukturen und -regulierungen aufgebrochen werden. dw

EU-USA Neuer Subventionsstreit?

Die geplante Übernahme von McDonnell Douglas durch Boeing könnte die Wettbewerbsverhältnisse auf dem Markt für Großflugzeuge erheblich verändern. Es entstünde ein Dyopol aus Boeing und dem Airbus-Konsortium. Obgleich McDonnell Douglas seit geraumer Zeit nur noch eine Außenseiterrolle im zivilen Flugzeugbau spielt – der Marktanteil des Unternehmens bei Großflugzeugen ist auf weniger als 10% geschrumpft –, würde die Marktmacht Boeings beträchtlich verstärkt. Denn auf dem verbundenen Markt für Wehrtechnik ist McDonnell Douglas ein bedeutender Anbieter. Boeing könnte Verbundvorteile realisieren und außerdem in erhöhtem Maße von indirekten Subventionen profitieren. Die Europäische Kommission hat deshalb schwerwiegende Bedenken gegen das Fusionsvorhaben geäußert und im März das Hauptprüfungsverfahren eingeleitet. Dieses könnte

theoretisch mit einer Untersagungsverfügung enden, der eine uneingeschränkte Genehmigung der Fusion durch die U.S. Federal Trade Commission gegenüberstehen könnte.

Mit einer solchen Konfrontation ist jedoch nicht zu rechnen, zumal ein Verbot sich kaum durchsetzen ließe und Strafmaßnahmen unweigerlich Vergeltungsschläge zur Folge hätten. Da auch die Welthandelsorganisation als Vermittler ausscheidet, solange ihr die nötigen Wettbewerbsinstrumente fehlen, ist Boeing/McDonnell Douglas vor allem als Herausforderung und Bewährungsprobe für das amerikanisch-europäische Wettbewerbsabkommen von 1991 anzusehen. Denkbar wäre etwa ein Kompromiß mit Auflagen bezüglich der Bindung von Zulieferern und der exklusiven Lieferverträge Boeings mit einzelnen Airlines. Beim Airbus-Konsortium könnte ein Zusammenschluß der beiden Konkurrenten die fällige Umstrukturierung zu einer schlagkräftigen Unternehmensorganisation beschleunigen. Gleichzeitig erscheint jedoch eine neue Runde im Subventionsstreit zwischen den Handelspartnern vorprogrammiert, ohne daß erkennbar wäre, wie bei den indirekten Subventionen über Rüstungsaufträge und Militärforschung allein das Messungs- und Verifizierungsproblem gelöst werden könnte. ko

ILO

Sozial-Label keine Lösung

Seit ihrer Gründung im Jahre 1919 setzt sich die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) mit mäßigem Erfolg für mehr soziale Gerechtigkeit und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen weltweit ein. Rund 180 Übereinkommen und noch mehr Empfehlungen sind im Laufe der Zeit verabschiedet worden. Diese wurden von den Mitgliedstaaten allerdings häufig nicht in nationales Recht umgesetzt. Nun liegt folgender Vorschlag auf dem Tisch: Produkte, die in einem Land hergestellt werden, das die grundlegenden ILO-Konventionen akzeptiert und einhält, sollen mit einem Sozial-Label versehen werden. Das Ziel dieses Vorschlages ist offensichtlich. Es sollen Anreize für die Länder geschaffen werden, die ILO-Normen zu erfüllen. Solche Anreize sind dann gegeben, wenn die Nachfrager ILO-kompatibel hergestellte Produkte bevorzugen.

Ob die Einführung eines Sozial-Labels tatsächlich geeignet ist, für humane Lebens- und Arbeitsbedingungen in den weniger weit entwickelten Ländern zu sorgen, erscheint höchst zweifelhaft. Vielmehr ist zu

befürchten, daß sich gerade die ärmsten Länder eine Einhaltung der ILO-Normen nicht leisten können und ihr Aufholprozeß durch geringere Absatzchancen behindert wird. Allerdings ist fraglich, ob die Nachfrager ILO-kompatibel hergestellte Produkte hinreichend präferieren. Ist dies nicht der Fall, verringert sich zwar die Gefahr, daß Länder, die sich die ILO-Normen nicht leisten können, benachteiligt werden. Gleichzeitig sinken jedoch die Chancen, krasse Verstöße gegen grundlegende Menschenrechte zu ahnden. Letzlich besteht das Problem weniger in der Auswahl der Instrumente zur Durchsetzung grundlegender ILO-Normen. Wichtiger – wenn auch schwieriger – ist es, die Frage zu beantworten, welche Normen den jeweiligen Ländern wirklich zugemutet werden können. hg

Rio-Konferenz

Fünf Jahre danach

Als 1992 auf der Rio-Konferenz über Umwelt und Entwicklung ein ganzes Bündel internationaler Abkommen verabschiedet wurde, rechneten viele Beobachter mit dem Anbruch einer Zeit des Vorrangs der Umweltpolitik. Seither haben sich jedoch die weltpolitischen und ökonomischen Rahmenbedingungen stark verändert. Die Kluft zwischen den westlichen Industrieländern und den Transformationsländern Osteuropas und der GUS wurde durch den drastischen Einbruch der Wirtschaftsleistung in den letzteren immer deutlicher. Während eine Reihe asiatischer und lateinamerikanischer Entwicklungsländer eine stürmische Industrialisierung durchmachen, versinken große Teile des afrikanischen Kontinents in Chaos und Anarchie. Der Erfolg der ersten Ländergruppe geht mit einer zunehmenden Arbeitslosigkeit und Stagnationstendenzen vor allem in Westeuropa, aber auch in Japan einher.

Die dadurch ausgelöste Globalisierungsdebatte verdrängte die Umwelt- und Entwicklungspolitik aus den Schlagzeilen. Bei hohen staatlichen Defiziten kam es im Gegensatz zu den Versprechungen von Rio zum Abbau von Entwicklungshilfeleistungen und zu einem Rückgang staatlicher Umweltmaßnahmen. Dies führte zur Ernüchterung vieler Entwicklungsländer, die daher wieder einen konfrontativeren politischen Kurs eingeschlagen haben. Nichtsdestoweniger werden die Abkommen von Rio schrittweise weiterentwickelt; ob das Tempo ausreicht, die Unterentwicklung in weiten Teilen der Welt wirksam zu bekämpfen und gleichzeitig der internationalen Umweltprobleme Herr zu werden, ist jedoch fraglich. ami